

Präsident Roosevelt greift ein

Neue Anordnung für die Beschäftigung von Aliens

Die wachsende Zahl von Fällen der Diskriminierung von Non-Citizens und von Bürgern fremder Herkunft bei der Beschäftigung in der Kriegsindustrie haben Präsident Roosevelt veranlasst, in Ergänzung zu den bekannten Erlassen noch einmal eine Kundgebung (11. Juli) herauszugeben, in der die Beschäftigung der loyalen friendly und enemy aliens mit aller Entschiedenheit verlangt wird. In der Erklärung der Exekutive wird noch einmal festgestellt:

1. In den Non-Defense-Betrieben gibt es für die Beschäftigung irgend einer Person überhaupt keine gesetzliche Beschränkung.
2. Dasselbe gilt für Kriegsbetriebe der Privatindustrie, soweit sie nicht Regierungsaufträge haben, die den Vermerk secret, restricted oder aeronautical tragen.

Lediglich in den letztgenannten Fällen ist der Arbeitgeber verpflichtet, eine permission to employ aliens von der auftraggebenden Militärbehörde einzuholen. [Section 11 (A) of the act of June 28, 1940, Public No. 671, 76th Congress, 3rd Session — The Air Corps Act of 1926.] In der Praxis sind diese beiden Ausnahmebestimmungen leider immer häufiger dazu benutzt worden, um Alien-Bewerber abzuweisen, oft mit dem Hinweis, dass das Verfahren eine zu lange Zeit in Anspruch nimmt und mit bürokratischen Erschwernissen verbunden ist.

Durch die neue Anordnung ist ein wesentlich einfacheres Verfahren in Aussicht genommen. Jeder Alien, der sich um eine Arbeitsstelle bewirbt, die eine Erlaubnis erforderlich macht, geht künftig zum nächsten Office des United States Employment Service, die ihm das Antragsformular aushändigt. Der Beamte soll den Bewerber bei der Ausfüllung der einen Seite des Formulars unterstützen. Mit dem so ausgefüllten Formular begibt sich der Bewerber zum Arbeitgeber, der die Rückseite vervollständigt und alsdann den Antrag an die zuständige Militärbehörde weiter leitet. Das War Department oder Department of the Navy ist nach der neuen Instruktion gehalten, die Entscheidung innerhalb 48 Stunden zu treffen.

Präsident Roosevelt hat die obersten Militärbehörden angewiesen, den Anträgen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, soweit es sich um Angehörige der United Nations, der befreundeten amerikanischen Republiken oder andere aliens einschliesslich der enemy aliens handelt, die unter folgende Kategorien fallen:

1. Aliens, die in der Armee der Vereinigten Staaten gedient haben und in Ehren entlassen sind.
2. Aliens, die Familienangehörige in der Armee haben oder hatten.
3. Aliens, die seit 1916 ohne Unterbrechung in den Vereinigten Staaten wohnten und innerhalb der letzten 10 Jahre nicht in ihr Ursprungsland zurückgekehrt waren.
4. Aliens, die citizens geheiratet haben und die seit 1924 ohne Unterbrechung in diesem Lande lebten, ohne in den letzten 10 Jahren nach dem Ursprungsland zurückgekehrt zu sein.
5. Aliens, die ihre Absicht erklärt haben, citizens of the United States zu werden und die ihren Antrag auf Naturalisation vor dem 7. Dezember 1941 gestellt hatten.

Wir halten es für besonders wertvoll, dass die Antragsstellung für die Beschäftigung von aliens in der Kriegsindustrie nicht mehr ausschliesslich in den Händen der Industrie-Firmen liegen soll, sondern dass der öffentliche Arbeitsnachweis unmittelbar eingeschaltet und das Verfahren ausserordentlich beschleunigt wird. Die Instruktion der Militärbehörden ist derart ergangen, dass die Anträge der oben unter 1 bis 5 genannten Kategorien von aliens besonders bevorzugt und beschleunigt behandelt werden müssen. Es bedeutet nicht, dass die übrigen aliens von dem vorgesehenen Antragsverfahren etwa ausgenommen sind. Die Kundgebung betont ausdrücklich: "A general condemnation of any group or class of persons is unfair and dangerous to the war effort."

In der Feststellung des Präsidenten wird auch erneut und mit allem Nachdruck gewünscht, dass Fälle von Diskriminierung direkt an das Committee on Fair Employment Practice, Washington, D. C., gemeldet werden sollen, das die geeigneten Schritte unternehmen wird. Die Beschäftigung der aliens liegt im wohlverstandenen nationalen Interesse. Kein Immigrant, der sich diskriminiert fühlt, sollte sich deshalb scheuen, den in der Kundgebung des Präsidenten vorgesehenen Beschwerdeweg zu beschreiten.

Die Ausführungs-Bestimmungen für den United States Employment Service waren bei Redaktionsschluss noch nicht ergangen. Der "Aufbau" wird über die Details noch berichten. Die neu gestärkte Arbeitsfront der loyalen aliens wird das ihrige tun, zum Sieg der United Nations beizutragen.